

POLITISCHE ABTEILUNG II
p.B.15.21.S.T.-WIN/MTR

Bern, 23. Juli 1992

**Offizieller Arbeitsbesuch des Premierministers von Sao Tomé und Principe (STPR),
Norberto Jose D'ALVA COSTA ALEGRE (D'ALVA), in Bern am 17.7.1992**

Staatssekretär Jakob KELLENBERGER (KE) hat am 17.7.1992 eine Regierungsdelegation von Sao Tomé und Principe zu einem Arbeitsbesuch in Bern empfangen.

Die Abordnung umfasste u.a. den Premierminister von STPR, Norberto Jose D'ALVA COSTA ALEGRE, Wirtschafts- und Finanzminister Arlindo Afonso de Carvalho und Gesundheitsministerin Dulce da Conceição Silva Fernandes Bragança Gomes.

Auf schweizerischer Seite nahmen neben Staatssekretär J. Kellenberger, Botschafter P.-Y. Simonin (SI), Chef der Politischen Abteilung II, DEH-Abteilungschef R. Dannecker, sowie weitere Beamte der Bundesverwaltung teil.

Die in freundschaftlicher Atmosphäre verlaufenen Gespräche bezogen sich hauptsächlich auf den Demokratisierungsprozess von STPR und in Afrika im allgemeinen, sowie auf Fragen der Entwicklungsbedürfnisse der Insel.

KE weist zu Beginn auf die wenig intensiven Beziehungen mit STPR hin. Die Schweiz habe mit grosser Freude vom friedlichen und demokratischen Machtwechsel in STPR Kenntnis genommen. Die Respektierung der Menschenrechte auf der Insel sei ebenfalls sehr positiv zu vermerken.

Die Schweiz ist gegenwärtig an keinen Entwicklungsprojekten auf STPR direkt beteiligt. Premierminister D'ALVA möchte enger mit der Schweiz zusammenarbeiten. Seit dem gewaltlosen Machtwechsel anfangs 1991 (Niederlage des amtierenden Staatschefs und seiner Einheitspartei kommunistischer Prägung in den Präsidents- und Parlamentswahlen) sei seine Regierung bestrebt, die freie Marktwirtschaft einzuführen und die Mehrparteiendemokratie zu konsolidieren. Dies sei Voraussetzung um vermehrte Unterstützung seitens westlicher und internationaler Geldgeber zu erhalten.

Politische und wirtschaftliche Entwicklung von Sao Tomé und Principe

STPR wurde 1975 völlig unvorbereitet von Portugal in die Unabhängigkeit entlassen. Die portugiesische Ober- und Mittelschicht begann die Insel zu verlassen. Ein Regime marxistischer Ausrichtung übernahm die Regierungsgeschäfte. Die Hilfe der sozialistischen Bruderländer führte zu einer ineffizienten Staatswirtschaft und Währungsinstabilität.

Wie der Premierminister ausführt, traf der Zusammenbruch der Kakao- und Kaffeepreise die Inselindustrie hart. Die Exporterlöse deckten die Importkosten für Nahrungsmittel immer weniger. Daraus resultierte eine grosse Verschuldung. Diese betrug 1991 annähernd 230 Mio. \$, oder fast \$ 2'000.-- pro Kopf der Bevölkerung, was wiederum fünf durchschnittlichen Jahreslöhnen entspricht.

Angesichts dieser düsteren Lage, und um in den Genuss westlicher Hilfe zu gelangen, führte die Regierung ein Programm wirtschaftlicher Liberalisierung ein. Parallel dazu wurde ein ehrgeiziger Demokratisierungsprozess eingeleitet, der am 20.1.1991 in den ersten freien und demokratischen Parlamentswahlen kulminierte. Die neugegründete "Demokratische Konvergenzpartei" gewann rund 55 % der Stimmen. Die unterlegene Regierungspartei muss sich nunmehr mit der Oppositionsrolle begnügen.

Das Strukturanpassungsprogramm

Auf die Frage von KE, ob es Möglichkeiten gebe, den Tourismussektor stärker zu fördern, erklärte PM D'ALVA, dass eine Ankurbelung des Tourismus sowie die Wiederaufnahme der unter dem Regime seines Vorgängers suspendierten Strukturreformen absolute Priorität seiner Regierungsmannschaft haben würde.

Zum Strukturanpassungsprogramm gehört neben der Diversifizierung der Landwirtschaft, die Privatisierung der Industrie, die erwähnte Ankurbelung des Tourismus und die Ausweitung der Fischerei.

Die Landwirtschaft ist mit 80 % der Beschäftigten der wichtigste Wirtschaftssektor und erwirtschaftet 50 % des BSP; der Kakaoexport erbringt 90 % der Ausfuhrerlöse. Die Regierung von STPR strebt eine Abkehr von der Kakao-Monokultur an, da deren Erträge infolge des massiven Preiszerfalls bloss noch 20 % der Kosten für die Importe decken.

Zielsetzungen der Entwicklungspolitik

Die Regierung von PM D'ALVA möchte den gegenwärtig bescheidenen Lebensstandard der Inselbevölkerung verbessern. Wie die Delegation erklärte, sind die Reduktion der Kindersterblichkeitsrate, Verbesserungen im Trinkwasserbereich, Modernisierung des Schulsystems, Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft einige der prioritär in Angriff zu nehmende Aufgaben.

Im Gesundheits- und Agrarbereich sei Frankreich zum wichtigsten Partner avanciert. Beratung im Forstwesen und Umweltschutztechnik erhalte STPR von Deutschland. Privilegierte Beziehungen auf mehreren Gebieten bestünden mit Portugal. Spanien unterstützt STPR auf dem Gebiet der Fischerei.

Für die Oeleinfuhr ist STPR ganz von Angola abhängig. Auf die Frage von KE, weshalb denn das geografisch näherliegende Nigeria nicht eher in der Lage wäre, die Oellieferungen zu übernehmen, erklärt der Premierminister, dass die Oellagerkapazitäten auf der Insel sehr beschränkt seien. Die grossen Tankschiffe Nigerias seien darum für die Oelversorgung von STPR ungeeignet; Angolas kleine, 2'700 Bruttoregistertonnen fassenden Oeltanker hingegen, entsprächen den gegenwärtigen, rudimentären Lagerfazilitäten.

Zusammenarbeit mit der Schweiz

PM D'ALVA erklärt, dass sowohl STPR wie auch die Schweiz relativ kleinflächig seien. Deshalb könnte sein Land vielleicht von gewissen Erfahrungen der Eidgenossenschaft profitieren. Der Regierungschef denkt u.a. an Parlamentarierbesuche; Unterstützung bei politischen Aufklärungskampagnen ("la vocation politique manque chez nous, on aimerait de l'aide pour analyser la vocation ultime du pays"); Hilfe bei der Erneuerung des Bank-, Finanz-, Steuer- und Zollwesens; Beratung bei der Ausbildung von Buchhaltern und Lehrlingen; Unterstützung bei Tourismusinfrastrukturprojekten; Werbung für STPR in der Schweiz.

Der Premierminister hielt sich an sehr allgemein formulierte Wünsche, ohne Nennung von spezifischen oder dringenden Aufbauprojekten. Es wurden keine konkreten Zahlen genannt, und PM D'ALVA trat auch nicht als Bittsteller auf.

Die Regierungsmannschaft von STPR ist bestrebt, die Entwicklung des Landes harmonisch und ausgeglichen zu gestalten. Im Falle der Tourismusförderung heisst dies beispielsweise,

dass das sozio-ökonomische Gleichgewicht nicht gestört werden sollte. Diesbezügliche Entwicklungsprojekte müssten darauf abgestimmt sein, das Aufkommen von sozialen Spannungen zu verhindern.

KE bemerkt, dass diese Auffassungen in der Tat fortschrittlich und ausgewogen seien. Er zeigt sich beeindruckt vom Pragmatismus seiner Gesprächspartner.

Situation in Afrika

Auf die Wahlen in Angola angesprochen, die für September 1992 vorgesehen sind, bemerkte der Premierminister, dass es im Luanda zu Auseinandersetzungen kommen könnte zwischen den Anhängern von Präsident Dos Santos und denjenigen Savimbis. Es bleibe zu hoffen, dass Kompromisslösungen gefunden werden.

Bezüglich der Lage vieler afrikanischer Länder im allgemeinen, erklärte ~~der~~ PM D'ALVA: "L'Afrique est un exemple de faillite. L'OAU a une vision et logique des années 1970 et 1980, certainement pas de 1992!"

Die Herausforderungen für die Entwicklungsländer seien sehr gross. Es sei ausserordentlich schwierig, gesunde Wirtschaftsstrukturen aufzubauen, wenn ausgebildete Techniker, Verwaltungskräfte, Finanzexperten und Akademiker Mangelware seien.

Die Rezepte der Geldgeber könnten nicht auf jedes afrikanische Land nach einem gewissen (westlichen) Schema übertragen werden. Der Entwicklungsstand und die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse seien in jedem Land verschieden. Der Premierminister ist der Auffassung, dass die Hilfsinstitutionen vermehrt Rücksicht auf die verschiedenartigen Grundbedingungen und landesspezifischen Unterschiede der afrikanischen (und nicht-afrikanischen) Entwicklungsländer nehmen müssten. In bezug auf die Konditionalität meinte D'ALVA, dass die Auflagen der Geberstaaten (good governance, Beachtung der Menschen- und Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit) oftmals die (temporären) Schwierigkeiten der Entwicklungsländer nicht berücksichtigen würden. Es fehle manchmal die Bereitschaft zum Verständnis für die grosse Aufbauarbeit, die auch viel Geduld erfordere. D'ALVA betonte in diesem Zusammenhang, dass beispielsweise auch das Recht auf Arbeit oder der Anspruch auf Versorgung mit Nahrungsmitteln fundamentale Anliegen seien, die ebenfalls nicht vernachlässigt werden dürften.

Bilaterale Fragen

KE zeigt Verständnis für die grossen Herausforderungen der Insel und bemerkt, dass die Situation von STPR die Problematik vieler afrikanischer Länder wiedergebe. Die Diskussion mit der Regierungsdelegation sei sehr fruchtbar gewesen und habe mehrere Gesichtspunkte transparenter gemacht. KE weist darauf hin, dass die regionale Botschafterkonferenz 1993 in Afrika stattfinden werde. Bei dieser Gelegenheit werde die vielschichtige Entwicklungsproblematik Afrikas erneut zur Sprache kommen. Der Premierminister bietet darauf hin die Hauptstadt Sao Tomé als Tagungsort an.

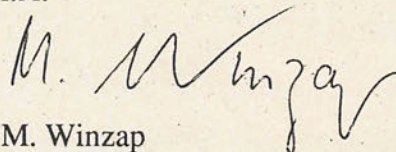
SI benützt die Gelegenheit, um PM D'ALVA in Erinnerung zu rufen, dass Botschafter Hold sein Beglaubigungsschreiben Präsident Miguel Trovoada - trotz mehreren Anläufen - noch nicht überreichen konnte. Nachdem neue Termine (Oktober 1992) von unserer Botschaft in Yaoundé vorgeschlagen worden seien, wären wir für eine baldige Stellungnahme dankbar. PM D'ALVA wird sich darum kümmern. Dieses Treffen könnte den begonnenen Dialog vertiefen. Auch dem Chargé d'affaires von STPR in Brüssel wurde nahegelegt, sich in Bern als Vertreter seines Landes anzumelden.

Mit Schreiben vom 24.6.1992 an den Wirtschafts- und Sozialminister erklärte die DEH, dass STPR kein Schwerpunktland in Sachen Entwicklungshilfe für die Schweiz darstelle. Aus Gründen der Effizienz und um unsere begrenzten finanziellen Mittel gezielt einsetzen zu können, beschränke die Schweiz ihre Aktivitäten auf eine begrenzte Anzahl von Staaten. Gegenwärtig habe Bern weder die finanziellen Möglichkeiten, noch die Absicht, die Entwicklungszusammenarbeit auf zusätzliche Länder auszudehnen.

Trotz dieser unzweideutigen und klaren Antwort, möchte STPR auch mit der Schweiz enger zusammenarbeiten. KE wünscht, dass die DEH auch STPR von einem schweizerischen Entwicklungsprojekt profitieren lassen sollte (Staatssekretär Kellenberger wird diesbezüglich den Direktor der DEH, Herr Botschafter F. Staehelin, direkt kontaktieren).

Politische Abteilung II

i.A.



M. Winzap

POLITISCHE ABTEILUNG II
p.B.15.21.S.T.-WIN/MTR

Bern, 24. Juli 1992

SFR hat Kopie!

an	HAD	Gi HAD	ala
datum	28.7		
vis	TT		
EDA	27.0792	15	
Ref.	<u>1712-5(2)</u>		

Notiz an:

- Staatssekretär
- Sekretariat KE
- Politisches Sekretariat
- **Direktor DEH**
- DVR, Sektion für Menschenrechte
- DEH, Herr R. Dannecker
- DEH, Herr C.A. Mottier
- BAWI, Frau A. Riemer
- Protokoll
- Schweizerische Botschaft Yaoundé

**Offizieller Arbeitsbesuch des Premierministers von Sao Tomé und Principe (STPR),
Norberto Jose D'ALVA COSTA ALEGRE in Bern am 17.7.1992**

Zu Ihrer Kenntnis erhalten Sie in der Beilage den Bericht zu den offiziellen Gesprächen, die anlässlich des obenerwähnten Besuchs stattgefunden haben.

Politische Abteilung II



Simonin

Beilage erwähnt

Kopie: SI, FMD, HDA, WIN